

Informationen zur Bundestagswahl

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, liebe Gäste,



auf dieser Seite bieten wir euch eine Übersicht zu (hochschulpolitischen) Informationen rund um die Bundestagswahl 2013. Wir haben einige Seiten zusammengestellt, die euch bei eurer [Wahlentscheidung am 22.09 unterstützen können](#) und haben die [Programme der in Landtagen vertretenen Parteien](#) für euch verlinkt (mit Ausnahme der NPD). Zusätzlich findet ihr auf dieser Seite eine Übersicht über [Hochschulpolitische Wahlprüfsteine](#) des Deutschen Studentenwerks, der Hochschulrektorenkonferenz und des fzs sowie die [Antworten der Karlsruher Direktkandidaten und -kandidatinnen auf die Fragen des UStA](#). Abschließend findet ihr noch Informationen zur [Briefwahl](#) und einen Link [zum Schmunzeln](#).

Karlsruher Direktkandidaten zur Bundestagswahl 2013

Überblick

Ingo Wellenreuther, CDU	Parsa Marvi, SPD	Sylvia Kotting-Uhl, Grüne	Karin Binder, DIE LINKE	Heinz Golombeck, FDP	Martin Bartsch, Piraten	Dr. Marc Jongen, AfD	Peter Rapp, Freie Wähler

Antworten auf Fragen des UStA

Befragt wurden die Kandidaten aller Parteien, die in mindestens einem Landtag vertreten sind, daher fehlen die Kandidaten [Dr. Marc Jongen von der Alternative für Deutschland](#) und [Peter Rapp von den Freien Wählern](#).

Ingo Wellenreuther | CDU

0. Kurzvorstellung Ingo Wellenreuther



Karlsruhe ist meine Geburtsstadt und meine Heimat. Ich bin evangelisch und habe mit meiner Ehefrau Anke zwei Kinder. Nach meinem Jurastudium und Rechtsreferendariat war ich 13 Jahre als Staatsanwalt und Richter tätig, zuletzt als Vorsitzender Richter am Landgericht. Soziale Verantwortung ist mir wichtig. Ich engagiere mich daher ehrenamtlich als Gründungsmitglied und Vorsitzender des Karlsruher Kindertisch e. V., als Pate des Mehrgenerationenhauses „Brunhilde-Baur-Haus“ und als Präsident des Karlsruher Sport Club. In meiner Freizeit treibe ich gerne Sport. Dabei nehme ich regelmäßig an der „Badischen Meile“ und am Baden-Halbmarathon teil.

Seit über zehn Jahren vertrete ich Karlsruhe im Deutschen Bundestag und gehöre als ordentliches Mitglied dem Innen- und dem Rechtsausschuss an. Dreizehn Jahre lang war ich Stadtrat. Deshalb sind mir in Karlsruhe nicht nur die Menschen und ihre Bedürfnisse vertraut, sondern auch die Aufgaben und Herausforderungen unserer Stadt. Eine Hauptaufgabe meiner Abgeordnetentätigkeit sehe ich darin, Ansprechpartner für die Karlsruher Bevölkerung zu sein. So konnte ich in den letzten Jahren vielen Rat suchenden Bürgern weiterhelfen und Unternehmen, Vereine und Verbände in ihren Anliegen unterstützen. Auch zukünftig lege ich großen Wert auf den persönlichen Kontakt mit den Bürgern, um ihre Interessen in Berlin gut und mit Nachdruck vertreten zu können.

1. Persönliche politische Schwerpunkte und Ziele

Als ehemaligem Staatsanwalt und Richter sind mir ein funktionierender Rechtsstaat mit einer gut ausgestatteten Justiz und Polizei sehr wichtig. Alle Menschen in Deutschland müssen frei und sicher leben können. Dafür will ich weiterhin Sorge tragen.

Unsere Wirtschaftskraft basiert auf der Stärke von Mittelstand und Handwerk. Hier verbinden sich beispielgebend unternehmerisches und soziales Verantwortungsbewusstsein. Ich will dazu beitragen, sie durch stabile Lohnnebenkosten und den weiteren Abbau von Bürokratie weiter zu stärken. Steuererhöhungen, die

insbesondere den Mittelstand belasten, lehne ich ab. Dadurch wären Ausbildungs- und Arbeitsplätze bedroht – und damit die Zukunftschancen für junge Menschen und die soziale Sicherheit gefährdet.

Eine familienfreundliche Gesellschaftspolitik und gute Bildungschancen für Kinder und Jugendliche sind und bleiben mir ein Herzensanliegen. Ehe und Familie sind weiter zu stärken: durch eine Anhebung des Kindergelds, den Erhalt des Ehegattensplittings, höhere Steuerfreibeträge für Kinder und eine familienfreundliche Arbeitswelt mit qualitativ hochwertigen, flexiblen Betreuungsplätzen.

Seit 2005 hat die CDU-geführte Bundesregierung die Ausgaben für Bildung und Forschung stetig erhöht. Ich setze mich für weitere Erhöhungen ein. Denn Investitionen in Bildung und Forschung von heute bedeuten morgen Arbeitsplätze, Wohlstand und Lebensqualität für die Menschen.

2. Wie soll die deutsche Forschungslandschaft gestaltet werden? Welche Bedeutung kommt dabei dem KIT als Zusammenschluss einer Universität und eines Forschungszentrums zu?

Ein breites und vielfältiges Angebot herausragender Hochschulen ist für unser Land unverzichtbar. Zu Recht sind wir stolz auf unsere hervorragenden Hochschulen, die mit ihrer Leistung in Forschung und Lehre maßgeblich zu unserem Ansehen in der Welt beitragen. Wissenschaftliche Erfolge, in Produkte übersetzt, schaffen Arbeitsplätze und sichern unseren Wohlstand. Für uns ist entscheidend, dass sich unsere Hochschulen in jeder Hinsicht mit den Besten in der Welt messen können. Dazu setzen wir auf eine vielfältige Hochschullandschaft, die unterschiedlichen Anforderungen und Interessen Rechnung trägt. So ermöglichen duale Studiengänge und Fernstudienangebote Beruf und Studium gut miteinander zu verbinden. Auch private Hochschulen bereichern diese Vielfalt. Wir sind ihnen dabei ein verlässlicher Partner.

Insgesamt verfügen die Hochschulen über einen großen Wettbewerbsvorteil in der Forschung: Das Humboldt'sche Prinzip von Forschung und Lehre sichert ihnen den Zugang zu einem großen Teil der jungen Menschen in unserem Land in ihrer kreativsten Phase. Hieraus können sie großes Kapital für die Forschung schlagen, und dies macht sie – zusammen mit der großen Fächerbreite – zu Recht zum Herzstück unseres Wissenschaftssystems.

Die breite Karlsruher Hochschullandschaft bietet mit ihrem exzellenten Lehrangebot einen großen Anreiz, der viele junge Menschen nach Karlsruhe lockt. Durch den Zusammenschluss der vom Land finanzierten Universität und dem vom Bund finanzierten Forschungszentrum entstand mit dem KIT die größte Forschungseinrichtung Deutschlands, die zum führenden europäischen Energieforschungszentrum werden soll. Die jahrzehntelange Erfahrung mit bereichsübergreifenden Forschungsprojekten, die gesamte wissenschaftlich-technische Ausstattung und die mehrjährige Erfahrung mit elektrischen Energiespeichern sind enorme Vorteile, um innerhalb des Projekts „Competence E“ am KIT das Thema Elektromobilität entscheidend voran zu bringen. Unter dem Stichwort „Energiewende“ verbirgt sich nicht weniger als der grundlegende Umbau der deutschen Energieversorgung – ein Mammutprojekt mit hunderten von Facetten und eine immense Aufgabe. Eine der wichtigsten Herausforderungen ist der Ausbau unserer Energieinfrastruktur. Das KIT ist bei der Forschung international ganz vorne mit dabei und arbeitet unter anderem sowohl im chemischen als auch im physikalischen Bereich an Speichertechnologien.

3. Wie stellen Sie sich die Kooperation zwischen dem Bund und dem Land Baden-Württemberg in Bezug auf das KIT vor?

Baden-Württemberg und Deutschland profitieren enorm vom internationalen Ansehen des KIT sowie der Wirtschaftskraft seiner ausgegründeten Unternehmen. Deswegen müssen Land und Bund die Weiterentwicklung und Expansion dieser bedeutenden Wissenschaftseinrichtung mit dem größtmöglichen Engagement unterstützen, wobei keine Reibungsverluste sondern Synergieeffekte realisiert werden müssen.

CDU und CSU wollen, dass der Bund in Zukunft auch exzellente Forschung an Hochschulen institutionell fördern kann. Daher setzen wir uns für eine Änderung des Artikels 91 b Grundgesetz zur konsequenten Stärkung der Kooperationskultur zwischen Bund und Ländern ein. Unser Ziel ist es, Exzellenz in der Spitze und in der Breite zu fördern. Dazu gehört auch die institutionelle Förderung von ausgewählten Hochschuleinrichtungen, -instituten oder -fachbereichen. Als Hightech-Land ist es für uns besonders wichtig, dass unsere Hochschulen international sichtbar und im Wettbewerb um die führenden Wissenschaftler konkurrenzfähig sind.

4. Wie setzen Sie sich für eine bessere Finanzierung von Hochschulforschung und -bildung in Deutschland ein?

In den Jahren zwischen 2011 und 2015 werden rund 650.000 Studienplätze zusätzlich benötigt, die etwa zu gleichen Teilen von Bund und Ländern finanziert werden. Hierfür stellt der Bund im Rahmen des Hochschulpakts bis 2015 allein rund 7 Mrd. Euro zur Verfügung. Damit erhalten die Hochschulen ein klares Signal, die für den Ausbau der Studienplätze erforderlichen Schritte einzuleiten.

Außerdem brauchen die Hochschulen eine solide Grundfinanzierung auch für die Forschung. Deswegen werden wir kontinuierlich auf die Vollkostenfinanzierung der Hochschulen hinarbeiten. Da die Forschung an den Hochschulen mit hohen Allgemeinkosten – zum Beispiel für die Bereitstellung von Räumlichkeiten und Laboratorien – verbunden ist, haben wir in der Förderung von DFG und BMBF bereits Programmpauschalen in Höhe von 20 Prozent eingeführt. Diese haben sich überaus bewährt. Im Rahmen der verfügbaren Mittel wollen wir zukünftig eine Anpassung in Richtung der tatsächlichen Vollkosten vornehmen.

5. Wie soll der Sanierungsrückstau an den deutschen Hochschulen aufgelöst werden?

Um den Sanierungsrückstau an den Hochschulen abzubauen, hat sich der Bund verpflichtet, die Entflechtungsmittel in ungekürzter Höhe bis 2019 weiter zu zahlen. Das bedeutet, dass auch weiterhin jährlich 695 Mio. Euro für den Hochschulbau bereitgestellt werden.

6. Wie sollen Studierende in Zukunft ihr Studium finanzieren? Welche Perspektive sehen Sie für die Bundesausbildungsförderung nach BAföG und das Deutschlandstipendium?

CDU und CSU stehen dafür, dass jeder seinen Begabungen nachgehen kann und unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und seiner sozialen Herkunft eine gute Ausbildung erhält. Deshalb werden wir die Studienfinanzierung weiter ausbauen und dazu das BAföG an die Lebenshaltungskosten sowie veränderte Bildungswege anpassen. Auszubildende, die ihr Studium oder ihre schulische Ausbildung nur in Teilzeit absolvieren können, weil sie betreuungsbedürftige Kinder versorgen müssen, sollen bessere Förderbedingungen erhalten. Das gilt auch für Studierende, die bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung und Erfahrungen im Berufsleben haben oder sich an der Hochschule weiterqualifizieren

wollen.

Neben dem bewährten BAföG wollen wir auch Stipendien als eine gute Möglichkeit der Finanzierung und wichtigen Teil der Begabtenförderung weiter voranbringen. Das neue Deutschlandstipendium ist gut angelaufen. Dabei setzen wir für den weiteren Ausbau einer Stipendienkultur nicht nur auf den Staat. Auch private Förderer aus der Wirtschaft sollen verstärkt einen Beitrag leisten.

7. Welche Rolle kann der Bund in Ihren Augen bei der Bewältigung des Mangels an günstigen Wohnraum in vielen deutschen Städten spielen?

Die hochklassigen Hochschulen in Karlsruhe haben eine enorme Anziehungskraft. Ein Studium in Karlsruhe darf nicht daran scheitern, dass Wohnraum für Studenten zu knapp ist. Ganz im Gegenteil: Hier sollte Karlsruhe im Verhältnis zu sonstigen guten Universitätsstädten wie insbesondere München, wo Wohnraum sehr teuer ist, bei den potenziellen Studenten „punkten“. Deshalb ist ausreichend Wohnraum für die wachsende Zahl der Studenten zu schaffen, wegen des Platzmangels in Karlsruhe auch durch den Bau von weiteren Studentenwohnheimen.

Ich sehe Land und Bund in der Pflicht, mehr Mittel zur Verfügung stellen, denn Wohnungsnot ist kein spezifisches „Karlsruher Problem“. Die Landesregierung muss mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen, denn seit der Förderalismusreform 2005 ist diese Aufgabe Ländersache. Leider wurden die Mittel dafür in den letzten Jahren immer mehr gekürzt, obwohl das Problem erkennbar war. Der Bund sollte das Wohngeld erhöhen, also den Zuschuss für Geringverdiener zur Miete oder zum selbstgenutzten Wohneigentum. So unterstützt, könnten mehr Betroffene vom „normalen“ Wohnungsmarkt versorgt werden.

8. Wie wollen Sie die Arbeitsbedingungen an Hochschulen verbessern? Wie stehen Sie zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen und verlässlichen Karrierechancen in Wissenschaft und Forschung?

Seitdem CDU und CSU regieren, haben Bildung und Forschung Priorität. Das hat sich auch positiv auf die Beschäftigungssituation des wissenschaftlichen Nachwuchses ausgewirkt. Mit mehr als einer halben Millionen Mitarbeitern sind so viele Menschen wie noch nie an deutschen Hochschulen beschäftigt. Das ist ein starkes Signal für die Zukunft. Damit steigen die Erwartungen an eine bessere Planbarkeit und Familienfreundlichkeit von wissenschaftlichen Karrieren. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Ländern und Hochschulen die Rahmenbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs weiter verbessern und dabei auch neue Akzente setzen, die die frühe wissenschaftliche Eigenständigkeit nach der Promotion und die verlässliche Planbarkeit von Karrieren bei wissenschaftlicher Exzellenz in den Mittelpunkt stellen. Den außeruniversitären Forschungseinrichtungen garantieren wir solide wachsende Haushalte im Umfang von jährlich fünf Prozent bis 2020. Auch damit schaffen wir verlässliche Karriereperspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Befristungen im akademischen Mittelbau wollen wir abbauen.

9. Wie wollen Sie die Geschlechtergleichstellung an Hochschulen verbessern?

Das Thema Geschlechtergleichstellung ist für mich nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der Effizienz, denn unsere Gesellschaft kann es sich nicht länger leisten, auf das Potenzial vieler Frauen zu verzichten.

Gerade Frauen sind oft in Teilzeit beschäftigt, obwohl sie gerne in größerem Umfang arbeiten würden. CDU und CSU wollen das gemeinsam mit den Sozialpartnern im Interesse von Beschäftigten, Hochschulen und Unternehmen ändern. Dabei werden wir einen Schwerpunkt darauf setzen, die Rückkehr aus einer Familienphase oder von der Teilzeit- zur Vollzeitbeschäftigung zu erleichtern. Wir wollen Frauen und Männern nach einer Erziehungs- oder Pflegephase die Rückkehr in Vollzeit mit Hilfe eines Rechtsanspruchs ermöglichen.

Wir wollen, dass mehr Frauen in Führungsverantwortung kommen-in mittleren und höheren Führungspositionen ebenso wie in Vorständen und Aufsichtsräten. Deshalb wollen wir die Erhöhung des Anteils von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen gesetzlich regeln. Dabei müssen Bund, Länder und Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen, zum Beispiel in Hochschulen, öffentlichen Betrieben, der Verwaltung oder bei der Besetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten.

10. Welche Probleme stehen für Sie beim Hochschulzugang im Vordergrund und wie wollen Sie diese lösen?

Die Frage des Hochschulzugangs ist ein landespolitisches Thema, vor dem sich Baden-Württemberg auch dank des von der früheren CDU-geführten Landesregierung beschlossenen und am 23. Juni 2010 in Kraft getretenen „Gesetzes zur Verbesserung des Hochschulzugangs beruflich Qualifizierter und der Hochschulzulassung“ nicht zu verstecken braucht. Was das Handwerk seit langem fordert ist in Baden-Württemberg seitdem Wirklichkeit: Das neue Gesetz stellt den Meisterabschluss in punkto Hochschulzugang mit dem Abitur gleich und hält somit auch Handwerkern alle Bildungschancen offen.

Eine Herausforderung ist an vielen Hochschulstandorten noch die Vereinbarkeit von Studium und Elternschaft, die sich aus unserer Sicht nicht ausschließen sollten. Wir wollen, dass junge Menschen sich nicht zwischen Studium und Kind entscheiden müssen, sondern beides miteinander vereinbaren. Dazu gehören bezahlbares Wohnen, eine flexible Gestaltung des Unialltags, wie beispielsweise kindgerechte Sprechzeiten, Kinderbetreuung in der Bibliothek oder Kinderessen in der Mensa. In einem Wettbewerb wollen wir besonders familienfreundliche Hochschulen mit guten Ideen ermitteln und sie dafür auszeichnen. Daneben müssen familienpolitische Elemente bei der Studienfinanzierung stärker berücksichtigt und im Wissenschaftszeitvertragsgesetz konsequent angewendet werden.

0. Kurzvorstellung Parsa Marvi



Mein Name ist Parsa Marvi, ich bin Kreisvorsitzender der Karlsruher SPD und Kandidat für den Deutschen Bundestag. 1982 wurde ich in Teheran/ Iran geboren. Durch unsere Ausreise nach Deutschland Mitte der 80er Jahre konnten meine Familie und ich eine neue Heimat finden, die uns bis heute Möglichkeiten gibt, die im autoritär regierten Iran unvorstellbar sind: Freiheit, Demokratie, eine selbstbestimmte Entwicklung.

Nach dem Abitur in Göttingen kam ich vor 14 Jahren zum Studium der Informatik und Betriebswirtschaft nach Karlsruhe und begann mein politisches und ehrenamtliches Engagement. Unter anderem konnte ich mehrere Jahre als stellvertretender Landesvorsitzender der Jusos in Baden-Württemberg inhaltliche Positionen und Konzepte des Verbandes bei wichtigen Themen wie die Zukunft der Arbeit, vorsorgender Sozialstaat und Energiewende mitentwickeln und dadurch Einfluss nehmen auf die Ausrichtung der SPD.

Aktuell bin ich Produktmanager für Breitbandtechnologien bei United Internet. Über meine berufliche Tätigkeit in den vergangenen 7 Jahren in der Banken-, Versicherungs- und Telekommunikationsbranche habe ich einen geschärften Blick für Verbraucherschutzrelevante Fragestellungen bekommen, aus dem sich konkrete Ideen für parlamentarische Initiativen ergeben. Hier werde ich mich als gewählter Bundestagsabgeordneter im Sinne des Gemeinwohls unmittelbar einbringen.

1. Persönliche politische Schwerpunkte und Ziele

Ich möchte mich im Deutschen Bundestag für Themen stark machen, die die Lebensrealität vieler Karlsruherinnen und Karlsruher treffen: Bezahlbares Wohnen durch mehr Investitionen in den sozialen und genossenschaftlichen Wohnungsbau und Senkung der Stromsteuer für private Haushalte, Stärkung der Entwicklung und des Zusammenhalts von Städten und Kommunen durch mehr Mittel für die Städtebauförderung, Ausbau und

schrittweise Gebührenfreiheit von Krippen und KITAs, gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei Leiharbeitsverhältnissen und bei der Bezahlung von Frauen und Männern, der garantierte Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro, ökologische Erneuerung der Industrie, die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts mit Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft und die Ermöglichung von Volksentscheiden auf Bundesebene.

Am Beispiel unseres Stufenplans für die Kinderbetreuung wird konkret, wie die SPD direkt nach Regierungsübernahme handeln wird:

1. Fortsetzung des KITA-Ausbaus: Die SPD will 200.000 zusätzliche Plätze bis 2017 schaffen und den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz erweitern.
2. Erhöhung der Betreuungs-Qualität: Mit einer Fachkräfteoffensive wird die SPD Erzieherinnen und Erzieher akquirieren. Außerdem sollen die Arbeitsbedingungen in den KITAs verbessert und kleinere Gruppen ermöglicht werden.
3. Abschaffung der KITA-Gebühren: Durch die Gebührenfreiheit sparen Eltern durchschnittlich bis zu 160 Euro im Monat. Im Jahr sind das rund 1900 Euro. Damit werden insbesondere Familien der Mittelschicht entlastet.

Zur Umsetzung des Stufenplans wird ein SPD-Kanzler Peer Steinbrück innerhalb der ersten 100 Tage nach der Wahl Bund, Länder, Kommunen, Fachleute und Elternorganisationen zu einer Krippen-Konferenz einladen. Zwischen Bund und Ländern soll darüber hinaus ein Staatsvertrag geschlossen werden, der die Finanzierung der Kinderbetreuung fair und transparent regelt und sicherstellt, dass das Geld bei den KITAs auch wirklich ankommt.

Um diese Investitionen in die Zukunft zu finanzieren, müssen wir folgende Maßnahmen durchführen:

- Anhebung der Steuern für die oberen 5 Prozent der Einkommensbezieher in Deutschland, stärkere Besteuerung von großen Erbschaften und Vermögen.
- Abschaffung des Betreuungsgeldes.
- Abbau von umweltschädigenden Subventionen, die die Friedrich-Ebert-Stiftung auf 80 Milliarden Euro beziffert.
- Einführung einer Schuldenbremse für Banken.

Aus Sicht des Bundestagswahlkreises Karlsruhe sehe ich folgende strategische Top-Themen, für die ich mich in Berlin besonders einsetzen will:

- Stärkung der kulturellen Institutionen und Einrichtungen. Das ZKM muss als weltweiter Leuchtturm endlich die Bundesförderung erhalten wie etwa die Bayreuther Festspiele. Die sich dadurch ergebende Entlastung für den Haushalt von Stadt und Land könnte in die Förderung von kleineren kulturellen und künstlerischen Einrichtungen reinvestiert werden.
- Sicherstellung der Krankenhausfinanzierung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Fachkräfte im Bereich Gesundheit und Pflege.
- Erreichung der Klimaschutzziele ist im Hinblick auf unsere Lage am Oberrheingraben und als zukünftiges Hochwasser-Risikogebiet von besonderer Bedeutung.
- Stärkung des Hochschul- und Forschungsstandortes.

2. Wie soll die deutsche Forschungslandschaft gestaltet werden? Welche Bedeutung kommt

dabei dem KIT als Zusammenschluss einer Universität und eines Forschungszentrums zu? Unsere Hochschullandschaft zeichnet sich durch enorme Vielfalt aus, die international hoch angesehen ist. Insbesondere die Abschaffung der Studiengebühren hat zur weiteren Attraktivität der Hochschulen in Baden-Württemberg beigetragen. Dabei sollte hervorragende Forschung stets mit hervorragender Lehre einhergehen. Gute Hochschulen sind der Motor für eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft. Die Politik trägt die Verantwortung, entsprechende Rahmenbedingungen dafür zu schaffen: So brauchen Studierende Zeit für sich, Zeit zur persönlichen Entfaltung. Sichere Studienplätze tragen dazu bei. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass jede und jeder Studierende selbst über die Aufnahme eines Master-Studiums entscheiden kann. Die Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium gehören ins Zentrum unserer hochschulpolitischen Anstrengungen. Daher werde ich mich im Bundestag dafür einsetzen, den Pakt „Gute Lehre“ entsprechend auszubauen. Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler brauchen langfristige Berufsperspektiven. Nur mit einem guten Personal werden wir unsere Hochschulen langfristig attraktiv und lebendig halten können. Die Stärkung von Wissenschaft und Forschung ist für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes von herausragender Bedeutung. Wissenschaft sollte ein Traumjob für junge Menschen sein. Gerade Karlsruhe hat mit seinen insgesamt neun Hochschulen und vielen weiteren Forschungseinrichtungen ein außerordentlich starkes wissenschaftliches Profil. Dieses breite Angebot lockt viele junge Menschen nach Karlsruhe. Unsere Hochschulen sind Bildungsinstitutionen und Forschungseinrichtungen zugleich. Das KIT verkörpert dies in einer deutschlandweit einmaligen Art und Weise.

3. Wie stellen Sie sich die Kooperation zwischen dem Bund und dem Land Baden-Württemberg in Bezug auf das KIT vor?

Damit der KIT Prozess weiter gelingt muss Lehre und Forschung am Campus Süd und Campus Nord gleichermaßen verankert werden, die KIT Strukturreform erfolgreich abgeschlossen werden und das Kooperationsverbot abgeschafft werden. Das KIT steht beispielhaft dafür, dass Länder und Bund konstruktiv in Bildung und Wissenschaft miteinander kooperieren können. Das KIT genießt einen exzellenten internationalen Ruf und strahle damit für Karlsruhe und Baden-Württemberg weit über die Landesgrenzen hinaus. Die Finanzierung aus getrennten Töpfen behindert jedoch den Fusionsprozess. U.a. deshalb setze ich mich für die Abschaffung des sogenannten Kooperationsverbots in Artikel 91b des Grundgesetzes ein. Dabei will die SPD das Kooperationsverbot im Gegensatz zu schwarz-gelb nicht nur im Hochschulbereich, sondern im gesamten Bildungssektor abschaffen. Gemeinsam mit der Landesregierung muss der Bund ermöglichen und sicherstellen, dass auch Forscherinnen und Forscher des Forschungszentrums verbindlich in die Lehre eingebunden werden. Dies kann beispielsweise über die Vertretung des Bundes im KIT Aufsichtsrat geschehen. Von dort kann der Bund auch Einfluss auf die KIT Strukturreform nehmen, die mit dem neuen Präsidenten erfolgreich abgeschlossen werden muss. Dabei ist eine demokratisch organisierte akademische Selbstverwaltung selbstverständliche Voraussetzung für die weitreichende Autonomie des KIT.

4. Wie setzen Sie sich für eine bessere Finanzierung von Hochschulforschung und -bildung in Deutschland ein?

Eine gute Hochschulfinanzierung muss die Grundfinanzierung der Hochschulen sichern, neben der Forschung ausreichend und qualitativ hochwertige Studienplätze finanzieren, Vollkosten basierte Overheadpauschalen für Drittmittelprojekte vorsehen und die soziale Infrastruktur rund um die Hochschule (Mensen, Wohnheime, Beratungsangebote etc.)

berücksichtigen. Erst im April dieses Jahres hat die Bundesregierung auf Druck der rot-grün geführten Länder endlich anerkannt, dass die Nachfrage nach Studienplätzen weiter hoch bleiben wird und hat der Ausweitung des „Hochschulpakt 2020“ zugestimmt. Dabei darf jedoch auch nicht vergessen werden, dass an Universitäten über 80% der Studierenden nach dem Bachelor-Abschluss ein Master-Studium aufnehmen. Daher setze ich mich dafür ein, dass das in Artikel 12 Grundgesetz festgeschriebene Recht auf freie Ausbildungs- und Berufswahl auch für den Übergang zum Master-Studium gilt. Damit die Forderung Master für alle endlich Realität wird. Der Schlüssel für zukunftsfähige Forschung und Entwicklung liegt in einer besseren Grundfinanzierung der Hochschulen, für die Bund und Länder gemeinsam Verantwortung übernehmen müssen. Aktuell reicht diese nicht aus um der gesellschaftlichen Verantwortung für Forschung und Lehre gerecht zu werden und wird zusätzlich durch die Overhead-Kosten für Drittmittelprojekt aufgezehrt. Solche Kosten entstehen etwa durch die Nutzung gemeinsamer Infrastruktur wie Büros oder Labore durch drittmittelfinanziertes Personal. Daher sollten insbesondere staatliche Drittmittelgeber wie DFG und BMBF mit gutem Beispiel vorangehen und entstehende Overhead-Kosten vollständig übernehmen. Die SPD will jährlich 20 Mrd. Euro mehr in Bildung investieren. Davon sollen von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule alle Bildungssektoren profitieren. Diesen Investitionen steht mit einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes und einem konsequenten Kampf gegen Steuerhinterziehung eine ausgewogene Finanzierung gegenüber. Behauptungen die notwendigen Investitionen bräuchten weder zusätzliche Einnahmen noch neue Schulden sollten Sie mit gesunder Skepsis begegnen.

5. Wie soll der Sanierungsrückstau an den deutschen Hochschulen aufgelöst werden?

Ohne adäquate Infrastruktur sind gute Lehre und Forschung nicht denkbar. Der Bund hat sich bereit erklärt bis 2019 ca. 5 Mrd. Euro für den Hochschulbau bereit zu stellen (in Form sogenannter Entflechtungsmittel). Damit liegt die Bundesregierung jedoch deutlich hinter den 30 Mrd. Euro, die die Hochschulrektorenkonferenz als bundesweiten Sanierungsbedarf beziffert. Damit die Schuldenbremse nicht zur Bildungsbremse wird brauchen die Länder Unterstützung um diesen Sanierungsstau aufzulösen. Dafür muss das Kooperationsverbot in Artikel 91b des Grundgesetzes abgeschafft werden und der Bund seiner Verantwortung für eine gemeinsame Bildungsfinanzierung gerecht werden.

6. Wie sollen Studierende in Zukunft ihr Studium finanzieren? Welche Perspektive sehen Sie für die Bundesausbildungsförderung nach BAföG und das Deutschlandstipendium?

Für eine gute Studiumsfinanzierung muss das BAföG bedarfsdeckend ausgebaut werden, der BAföG-Elternfreibetrag angehoben werden sowie das gescheiterte Deutschlandstipendium abgeschafft werde. Inzwischen erkennen selbst die konservativen Parteien, dass für den Erfolg des Studiums weder die soziale Herkunft noch die finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses entscheidend sein dürfen. Gleichzeitig führen der „Bildungsbericht 2012“ und die 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks eindrucksvoll vor Augen, dass dies weiterhin nicht der Realität entspricht. Ein gebührenfreies Studium und ein starkes BAföG sind wichtige Voraussetzungen um dies zu ändern. Doch gemessen an der 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks decken die BAföG-Sätze nicht den tatsächlichen Finanzierungsbedarf der Studierenden. Wir wollen das BAföG daher bedarfsdeckend ausbauen, um allen Studierwilligen ein Studium unabhängig von ihrer Herkunft zu ermöglichen. Dafür muss insbesondere der Mietzuschuss des BAföG in Groß- und Universitätsstädten angehoben werden. Zurzeit werden lediglich 14.000 statt geplante 160.000 Studierende durch das Deutschlandstipendium gefördert. Diese Fehlsteuerung schwarz-gelber Bildungspolitik

wird die SPD wieder abschaffen und die finanziellen Mittel stattdessen in den Ausbau des BAföG investieren.

7. Welche Rolle kann der Bund in Ihren Augen bei der Bewältigung des Mangels an günstigen Wohnraum in vielen deutschen Städten spielen?

Bereits im Januar 2013 haben Peer Steinbrück und Stephan Weil erklärt wie der Wohnraummangel und steigende Mieten bundesweit bekämpft werden können. Dafür müssen erstens die Kompensationsmittel für die soziale Wohnraumförderung in mindestens gleicher Höhe weitergezahlt werden, zweitens eine effektive Mietpreisbegrenzung in Kraft gesetzt, drittens die Gebührenlast der Maklerinnen und Makler auf die Vermieterinnen und Vermieter umgelegt sowie viertens der kommunale und soziale Wohnungsbau sowie Wohnungsbaugenossenschaften finanziell besonders gefördert werden. Um den Wohnungsmarkt in Hochschulstädten wie Karlsruhe zusätzlich zu entspannen und gleichzeitig die soziale Infrastruktur rund um die Hochschulen zu fördern, setze ich mich für die Auflage eines Infrastrukturfonds für Studentenwerke und damit für den Ausbau von Studentenwohnheimen ein. Damit der UStA, dieses Jahr zum letzten Mal Notunterkünfte anbieten muss.

8. Wie wollen Sie die Arbeitsbedingungen an Hochschulen verbessern? Wie stehen Sie zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen und verlässlichen Karrierechancen in Wissenschaft und Forschung?

Gute Arbeit in der Wissenschaft bedeutet für mich, dass wir Befristungen abbauen, berechenbare Karriereperspektiven schaffen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Gute Lehre und Forschung lassen sich nur durch stabile Beschäftigungsbedingungen und berechenbare Perspektiven langfristig sichern. Doch laut aktuellem „Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013“ haben prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft in den letzten vier Jahren schwarz-gelber Regierungszeit stark zugenommen. So stieg unter den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Anteil der befristeten Arbeitsverhältnisse auf 90%. Selbst nach der Promotion sind Postdocs zu über 20% nur befristet beschäftigt. Das ist mehr als doppelt so häufig wie Nicht-Promovierte in der gleichen Altersgruppe. Wir wollen stabile Beschäftigungsbedingungen und berechenbare Perspektiven in der Wissenschaft von der studentischen Hilfskraft bis zum Professor oder Professorin. Ich werde mich dafür einsetzen, die Laufzeit befristeter Beschäftigungsverhältnisse für Promovierende und Habilitierende unabhängig von der Finanzierungsart mindestens auf die voraussichtliche Dauer der Qualifizierungsphase festzusetzen. Darüber hinaus brauchen wir mehr unbefristete Berufschancen, um kluge Köpfe zu halten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern – auch jenseits der Professur. Dafür sollten Postdoc-Stellen und befristete (Junior-)Professuren mit einer Tenure-Track-Option ausgestattet werden.

9. Wie wollen Sie die Geschlechtergleichstellung an Hochschulen verbessern?

Um die Gleichstellung zu fördern fordere ich Entgeltgleichheit für Männer und Frauen in allen Berufen und auf allen Karrierestufen sowie die Umsetzung des Kaskadenmodells in allen staatlichen Einrichtungen. Trotz der bisherigen Gleichstellungsbemühungen liegt der Frauenanteil im gesamten deutschen Wissenschaftsbetrieb bei lediglich ca. 20 % und damit noch unter dem EU-Durchschnitt. Dabei ist Gleichstellung ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch von wissenschaftlicher und ökonomischer Vernunft. Um den steigenden Fachkräftebedarf zu decken brauchen wir die klügsten Köpfe - unabhängig vom Geschlecht. Gleichstellung muss jedoch noch breiter angegangen werden, denn auch Menschen mit Migrationshintergrund schaffen trotz gleicher

Qualifikation seltener den Sprung in die wissenschaftliche Laufbahn. Als verbindliche Maßnahme fordert die SPD die Umsetzung des Kaskadenmodells für alle wissenschaftlichen Einrichtungen und ist dabei einer Meinung mit dem Wissenschaftsrat. In wissenschaftlichen Führungsgremien wollen wir langfristig einen Anteil von mindestens 40 % erreichen, den wir übrigens auch für Aufsichtsräte und Vorstände börsennotierter Unternehmen gesetzlich festschreiben wollen.

10. Welche Probleme stehen für Sie beim Hochschulzugang im Vordergrund und wie wollen Sie diese lösen?

Mir liegt als Bundestagskandidat insbesondere die soziale Gerechtigkeit am Herzen. Soziale Gerechtigkeit heißt auch Bildungsgerechtigkeit, die in Deutschland weiterhin zu wünschen übrig lässt. Die Durchlässigkeit im Bildungssystem ist dabei eine meiner zentralen Forderungen. Es darf keine Sackgassen in unserem Bildungssystem geben und lebenslanges Lernen muss gefördert werden. Insbesondere ein reibungsloser Wechsel zwischen beruflicher und akademischer Bildung ist zur Erfüllung des steigenden Fachkräftebedarfs unbedingt notwendig. Der europäische sowie der deutsche Qualifikationsrahmen sollen als Grundlage dafür dienen. Darüber hinaus muss das Studium neben Beruf oder familiären Verpflichtungen durch Teilzeit-Studiengänge und den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten gefördert werden.

Sylvia Kotting-Uhl | Grüne

0. Kurzvorstellung Sylvia Kotting-Uhl



Steinbock aus dem Jahr 1952, bis auf längere studienbedingte Auslandsaufenthalte immer im Nordbadischen gelebt, Germanistik, Anglistik und Kunstgeschichte in Heidelberg studiert, als Dramaturgin gearbeitet, mit Familiengründung alternatives Landleben im Kraichgau gewagt.

In einem zweiten Berufsleben Leiterin einer Kinderwerkstatt (der später auch eine Frauenwerkstatt angegliedert wurde), Dozentin bei freien Bildungsträgern und Fernstudentin in Psychologie.

Zwei erwachsene Söhne, eine Enkeltochter.

Mitglied bei BUND, WWF, Europa-Union, Amnesty International, Institut Solidarische Moderne und diversen kulturellen und sozialen Einrichtungen Baden-Württembergs.

Ökologie, soziale und globale Gerechtigkeit, die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, das waren die Themen- und Problemfelder, die mich in die Politik getrieben haben. Im Jahr 1989 den Grünen beigetreten, dort die ersten Jahre auf Orts- und Kreisebene aktiv gewesen. Von 1995 - 1999 und seit 2001 Mitglied des grünen Landesvorstandes in Baden-Württemberg, von 2003 bis 2005 Landesvorsitzende.

Seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags und Abgeordnete des Wahlkreises Karlsruhe-Stadt. Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der nun endenden Legislaturperiode atompolitische Sprecherin und Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

Obfrau des ersten Untersuchungsausschusses der 17. Wahlperiode, dem Gorleben-Untersuchungsausschuss und Vorsitzende der grünen Landesgruppe.

1. Persönliche politische Schwerpunkte und Ziele

Als atompolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion engagiere ich mich national und international für einen schnellen, sicheren Ausstieg aus der Atomkraft, eine Verbesserung der Sicherheitsanforderungen der sich noch im Betrieb befindenden Reaktoranlagen und für die Suche nach dem am besten geeigneten Standort für ein Endlager für hochradioaktiven Müll.

Dieses Engagement hat in der vergangenen Legislaturperiode zu Erfolgen geführt. So haben wir nicht nur unter meiner Federführung fraktionsübergreifend eine Lex Asse erarbeitet, sondern auch im Juni diesen Jahres ein neues Standortauswahlgesetz verabschiedet, welches die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll neu organisiert. In der nächsten Wahlperiode werde ich als Mitglied der Bund-Länder-Kommission aktiv an einem transparenten und fairen Suchverfahren arbeiten.

Weiterer Themenschwerpunkt meiner Arbeit ist die Sicherheit der noch laufenden Atomkraftwerke. In mehreren AKW, wie zum Beispiel in Gundremmingen im schwäbischen Landkreis Günzburg, gibt es erhebliche Sicherheitsdefizite, die immer wieder zu Störfällen führen. Daher kämpfe ich für eine sicherheitstechnische Überprüfung und eine Verschärfung der Stresstests für Atomkraftwerke.

Für die Stilllegung, den Rückbau der atomaren Anlagen, sowie die Entsorgung des radioaktiven Mülls fordere ich die Energiekonzerne zur Rechenschaft. Derzeit wird ein Großteil der Kosten z.B. für den Rückbau von stillgelegten Forschungsreaktoren vom Steuerzahler getragen.

In der Energieforschung fließen immer noch Gelder in Millionenhöhe in die Erforschung von Kernfusion, Transmutation und Reaktoren der IV. Generation. Techniken, die bei ihrer Realisierung den Wiedereinstieg in die Atomenergie bedeuten würde. Deshalb müssen diese Mittel schnellstmöglich umgewidmet werden in die Erforschung der Erneuerbaren Energien.

Neben dem Ausstieg aus der Atomenergie und dem Gelingen der Energiewende hin zu mehr Erneuerbaren Energie, Energieeffizienz und Energieeinsparung, setze ich mich für

eine sozialere, gerechtere und umweltfreundlichere Gesellschaft ein.

2. Wie soll die deutsche Forschungslandschaft gestaltet werden? Welche Bedeutung kommt dabei dem KIT als Zusammenschluss einer Universität und eines Forschungszentrums zu?

Die deutsche Forschungslandschaft muss weiterhin unabhängig bleiben bzw. an manchen Stellen wieder mehr Unabhängigkeit erlangen. Ebenso müssen die Forschungsverantwortlichen in ihrem Handeln nach höchster Qualität streben. Im Hinblick auf die Forschenden muss auch die Familienfreundlichkeit verbessert werden. Zusammenfassend lassen sich die anzustrebenden Entwicklungs- und Verbesserungsziele mit den Worten nachhaltig und gerecht bei höchstem Qualitätsanspruch umschreiben. Wir müssen Anreize schaffen, dass Hochschulen ihren Beitrag zur Lösung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen leisten und die inter- und transdisziplinäre Forschung unterstützen. Auch gilt es zunehmend Frauen an die Universitäten und Hochschulen zu bringen. Eine Zielquote kann helfen, dass nicht noch weitere gute und innovative Forschungs- und Lehrkräfte verloren gehen.

Das KIT als einmalige Einrichtung von Großforschung und Hochschule kann eine wichtige Rolle in der Grundlagenforschung, speziell Energie und Umwelt, einnehmen, weil hier zum ersten Mal die Forschungswelten aus Hochschule und Großforschung zusammenkommen. Das KIT hat die große Chance zu zeigen, dass Forschung und Lehre zwei gleichberechtigte Seiten einer Medaille sind. Forschende und Lehrende rücken wieder näher zusammen. Die Forschung an der Hochschule kann schneller Eingang in die Lehre finden und somit schneller wichtige Beiträge zu einer bildungsorientierten Gesellschaft beitragen. Studierende erhalten einen besseren Einblick und können besser in die Forschung integriert werden - über das Studium hinaus. Das bedeutet auch: Nachwuchskräfte heranziehen.

3. Wie stellen Sie sich die Kooperation zwischen dem Bund und dem Land Baden-Württemberg in Bezug auf das KIT vor?

Der Bund muss seiner Rolle in diesem neuartigen Konstrukt noch mehr bewusst werden und - wie z.B bei der Charité angedacht - auch das KIT mit Mitteln zum Zusammenwachsen unterstützen. Das wurde in der Vergangenheit versäumt. Ziel soll keine Bundesuniversität sein, sondern ein eigenständiges Modell. Darüber hinaus muss es verstärkt auch Zielvereinbarungen zwischen BUND und dem Land geben, inwiefern man das KIT weiterentwickeln möchte und wie diese Schritte angegangen werden sollen. Hierzu müsste auch der Bund unter Umständen seine Gesetze und Regularien auf den Spezialfall KIT anpassen, wie auch im Land passiert.

4. Wie setzen Sie sich für eine bessere Finanzierung von Hochschulforschung und -bildung in Deutschland ein?

Wir sehen mit Sorge die Folgen der sinkenden Grundfinanzierung der Hochschulen durch die Länder. Forschung und Lehre sind die Grundvoraussetzung zur Bewältigung der sozialen, kulturellen, ökonomischen und ökologischen Zukunftsfragen. Hierzu brauchen wir sowohl eine starke Grundlagenforschung an den Hochschulen als auch gute Lehre, um Studierende mit hoher Qualität und mit geringen Abbruchquoten einen Studienabschluss zu ermöglichen. Mit erhöhten Steuereinnahmen u.a. bei Einkommens- und Erbschaftssteuer, aber auch durch einen erhöhten Bundesanteil bei gemeinsamer Finanzierung der außeruniversitären Forschung zur Entlastung der Länder wollen wir den Ländern die Mittel verschaffen, um die Grundfinanzierung ihrer Hochschulen zu stärken. Wir wollen, dass mindestens 3,5 % des BIP bis 2020 in Forschung und Entwicklung

investiert werden. Bündnis 90/ Die Grünen wollen, dass der Bund den Hochschulpakt in Zusammenarbeit mit den Ländern verstetigt und der Pakt zu einem dauerhaften, bedarfsgerechten System der Hochschulfinanzierung weiterentwickelt wird. Dabei wollen wir von Bundesseite zusätzlich mindestens 1 Mrd. € jährlich in unsere Hochschulen investieren.

5. Wie soll der Sanierungsrückstau an den deutschen Hochschulen aufgelöst werden?

Wir haben uns bei der Föderalismusreform 2006 nicht nur gegen das Kooperationsverbot in der Bildung, sondern auch gegen das Ende der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau eingesetzt. Leider vergeblich.

Auf Bundes- wie auf Länderebene haben wir uns seither dafür eingesetzt, dass die Mittel, die für die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau bis 2013 festgeschrieben waren, mindestens bis 2019 weiter an die Länder fließen. Das ist uns nun gelungen. Im Rahmen der Verhandlungen zur Aufbauhilfe nach der Flut an Elbe und Donau ist diese Einigung erzielt worden. Eine Aufstockung des Betrags wäre wünschenswert gewesen, um Kostensteigerungen und Inflation seit der Festsetzung des Betrages zu berücksichtigen, aber wenigstens werden die Mittel jetzt für weitere 6 Jahre in konstanter Höhe fließen.

In allen grün mitregierten Ländern ist per Landesrecht durch eine Zweckbindung sichergestellt, dass das Geld auch an den Hochschulen ankommen wird.

Da diese Mittel absehbar nicht ausreichen werden, wollen wir den Ländern durch unsere Vorschläge für eine andere Finanz- und Steuerpolitik finanzielle Spielräume für ihre Aufgaben im Bildungs- und Wissenschaftsbereich schaffen.

6. Wie sollen Studierende in Zukunft ihr Studium finanzieren? Welche Perspektive sehen Sie für die Bundesausbildungsförderung nach BAföG und das Deutschlandstipendium?

Die Angst vor den Kosten hält zu viele Menschen von einem Studium ab. Eine bessere Studienfinanzierung muss daher mehr Studierende erreichen. Das gilt gerade auch für junge Menschen aus nicht akademischen Elternhäusern ohne entsprechende Vorbilder.

Wir wollen in einem ersten Schritt die Lage von Studierenden aus einkommensschwachen Familien durch Veränderung bei Einkommensfreibeträgen und Fördersätzen mit 300 Mio. Euro jährlich verbessern. Außerdem wollen wir das Auslands-BAföG auch für eigenständige Studiengänge im gesamten europäischen Hochschulraum öffnen.

Im nächsten Schritt werden wir eine Studienfinanzierung aufbauen, die aus zwei Säulen besteht: einem Studierendenzuschuss, den alle erhalten, und einem Bedarfszuschuss, um die für ein Studium zu gewinnen, die aus finanziellen Gründen bislang nicht studieren. Beide Zuschüsse müssen – anders als das jetzige BAföG – nicht zurückgezahlt werden.

Studierende brauchen einen Rechtsanspruch auf Studienfinanzierung, keine Deutschlandstipendien-Tombola. Das Deutschlandstipendium ist ungeeignet, die Hochschulen sozial zu öffnen und mehr Bildungsaufstiege zu ermöglichen. Bundesmittel sollen nicht weiter dafür eingesetzt werden.

7. Welche Rolle kann der Bund in Ihren Augen bei der Bewältigung des Mangels an günstigen Wohnraum in vielen deutschen Städten spielen?

Der Bund hat seit der Föderalismusreform von 2006 keine Kompetenz mehr

Investitionsprogramme für den Wohnheimbau aufzulegen. Ergänzend zum Hochschulpakt ist ein bundesweiter Aktionsplan erforderlich, damit Studierende nicht nur einen Studienplatz bekommen, sondern auch ein bezahlbares Dach über dem Kopf finden. Bei den Finanzhilfen, die der Bund für den sozialen Wohnungsbau an die Länder gibt, sollten diese prüfen, ob und wie sie das Geld auch in den Wohnheimbau investieren können. Anstatt ungenutzte oder leer stehende Gebäude des Bundes zu verkaufen, damit Investoren dort gerade in Ballungsgebieten und an Hochschulstandorten hochpreisige Eigentumswohnungen bauen, sollten die Gebäude für günstiges studentisches Wohnen geöffnet und umgebaut werden. Neben der Schaffung von mehr Plätzen in Studentenwohnheimen müssen Hochschulstädte die Chance zur kreativen Quartiersentwicklung vor Ort noch besser nutzen.

8. Wie wollen Sie die Arbeitsbedingungen an Hochschulen verbessern? Wie stehen Sie zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen und verlässlichen Karrierechancen in Wissenschaft und Forschung?

Der wissenschaftliche Nachwuchs ist die Qualität des Wissenschaftssystems von morgen. Die Verbesserung der unsicheren Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses ist vor diesem Hintergrund ein Kernanliegen grüner Wissenschaftspolitik. Um dem wissenschaftlichen Nachwuchs attraktivere Perspektiven zu eröffnen, fordern wir bereits seit einiger Zeit einen langfristig angelegten „Pakt für zukunftsfähige Personalstrukturen und den wissenschaftlichen Nachwuchs“ (BT-Drucksache 17/4203). Der Pakt enthält u.a. die jüngst über den Bundesrat durch Rot-Grün auf den Weg gebrachte Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (u.a. mit dem Ziel, die Befristungspraxis zugunsten des Nachwuchses zu verbessern und die Familienfreundlichkeit zu erhöhen sowie die Drittmittelbefristungen an den jeweiligen Bewilligungszeitraum zu koppeln), Mindeststandards für nachhaltige Beschäftigungsverhältnisse und neue Personalkategorien jenseits der Professur. Wir wollen Anreize für mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse setzen. Darüber hinaus fordern wir seit längerem 1.000 neue Juniorprofessuren mit Tenure Track einzurichten, die Verbesserung der Qualifizierungs- und Betreuungsverhältnisse von Promovierenden und die stärkere Förderung von Frauen im Wissenschaftsbereich.

9. Wie wollen Sie die Geschlechtergleichstellung an Hochschulen verbessern?

Für uns gilt: Der 2011 in der GWK gefasste Beschluss, Zielquoten für den Frauenanteil nach dem Kaskadenmodell in den Forschungsorganisationen einzuführen, muss weiterentwickelt und verbindlich ausgestaltet werden, indem beispielsweise die Vergabe eines Teils der Mittel des Pakts für Forschung und Innovationen an die Erfüllung quantifizierbarer Ziele gebunden wird. Die institutionelle und die projektgebundene Forschungsförderung ist auch darüber hinaus an gleichstellungspolitische Verpflichtungen zu knüpfen. Hochschul- und forschungsbezogene Programme sollen ab 2013 spezifische Maßnahmen und verbindliche Zielsetzungen zur Sicherung von mehr Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung in der Wissenschaft beinhalten.

Mittelfristig muss angestrebt werden, dass der Anteil jeden Geschlechts auf Entscheidungsebenen und in Evaluationsgremien von Forschungseinrichtungen und Hochschulen mindestens 40 Prozent erreicht.

Unsere Bundestagsfraktion hat diese und weitere Forderungen zusammen mit SPD und LINKE in dem Antrag „Frauen in Wissenschaft und Forschung – Mehr Verbindlichkeit für Geschlechtergerechtigkeit“ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/099/1709978.pdf>

formuliert, der von der schwarz-gelben Koalition abgelehnt wurde.

10. Welche Probleme stehen für Sie beim Hochschulzugang im Vordergrund und wie wollen Sie diese lösen?

Angesichts Zehntausender fehlender Studienplätze ist es grotesk, dass durch das nicht funktionierende dialogorientierte Serviceverfahren jedes Jahr Zehntausende Studienplätze unbesetzt bleiben. Hier muss schleunigst eine funktionierende Software nebst Anbindung an allen Hochschulen erstellt werden.

Für uns fängt das Problem und daher auch der Lösungsansatz schon viel früher an: Schon der Weg zur Hochschulzugangsberechtigung ist in Deutschland vom sozialen Status und Bildungsabschluss der Eltern abhängig. Wir wollen bessere Bildung und Chancengleichheit für alle Kinder. Deswegen beginnt bei uns der Einsatz für mehr Bildungsgerechtigkeit bei Kitas und Schulen.

Wir wollen die Ausdehnung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz in der Kita bzw. der Kindertagespflege, dazu kommt gute Qualität etwa durch Standards zur Betreuungsanzahl. Gute Ganztagschulen sind der Kern eines chancengerechten und inklusives Bildungssystems. Sie bilden den Rahmen, in dem individualisiertes und kreatives Lernen stattfindet. Deshalb bauen wir flächendeckend Ganztagschulen auf. Dafür verhandeln wir mit den Ländern über eine Aufhebung des Kooperationsverbots in der Bildung und unterstützen sie mit mindestens 500 Mio. Euro pro Jahr.

Außerdem wollen wir die Hochschulen durch eine bessere Studienfinanzierung öffnen. Wir wollen den Zugang für Nicht-AbiturientInnen und Berufstätige erleichtern. Es müssen Mittel bereitgestellt werden, Studierenden ohne schulische Studienberechtigung zu Studienbeginn gezielte Unterstützungsleistungen zu geben.

Karin Binder | Die Linke

0. Kurzvorstellung Karin Binder



Geboren am 28.08.1957, Hauptwohnsitz Karlsruhe-Südstadt glücklich vergeben,

Patchworkfamilie mit 2 Jungs (heute 16 und 20) seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages (MdB), Fraktion DIE LINKE

Funktionen in der Fraktion:

- Parlamentarische Geschäftsführerin
- Obfrau im Ausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Mitglied der Partei DIE LINKE seit 2005 Sprecherin des Kreisverbandes DIE LINKE Karlsruhe

Unterstützung und Mitglied bei den Gewerkschaften ver.di und NGG, bei Amnesty International, der Deutschen Friedensgesellschaft DFG-VK, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN-BdA, bei Greenpeace, der Aids-Hilfe, der Planwirtschaft, dem Mieterbund ...

Berufliches und Ehrenamtliches vor dem Bundestag:

- 2003 bis 2005 hauptamtliche Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB, der Region Mittelbaden in Karlsruhe,
- davor schon mehr als 25 Jahre ehrenamtliche Gewerkschafterin (Handel, Banken und Versicherungen - HBV) in unterschiedlichen Funktionen auf Orts-, Kreis- und Landesebene,
- 2000 bis 2003 in Konstanz kaufmännische Angestellte in einer Firma für Außenwerbung,
- Aufbau des ver.di-Kreisverbandes Konstanz-Singen und dessen Vorsitzende,
- Mitbegründerin und Sprecherin des »Konstanzer Netzwerk gegen Rechts«,
- bis 1999 in Stuttgart gelebt und gearbeitet
- Ausbildung im Einzelhandel, Zusatzqualifikation als Handelsfachwirtin IHK,
- während der Ausbildung Jugendvertreterin,
- Angestellte im kaufmännischen Bereich von Verlagsunternehmen zuletzt bei einem Bertelsmann-Unternehmen,
- dort mehr als 13 Jahre lang auch Betriebsrätin und Betriebsratsvorsitzende,
- früheres ehrenamtliches Engagement u.a. im Jugend-Rotkreuz, im Stadtjugendring, der Gewerkschaft HBV,
- Mitglied der SPD bis 1998 - ausgetreten als SPD-Kanzler Schröder in den Kosovo-Krieg eintrat.

Neben Politik hatte ich früher auch noch andere Hobbys. Dazu gehörten z.B. alternative Reisen mit Fahrrad oder zu Fuß und mit Rucksack z.B. durch die Bretagne, Sardinien, Ecuador oder Grönland. In Ruhe mal ein gutes Buch zu lesen, z.B. politische Krimis von Wolfgang Schorlau oder „Der Schwarm“ von Schätzing genieße ich ebenso wie gutes Essen und gemeinsames Kochen. Aquarellmalen und Schneidern werde ich mir für die Zeit „danach“ aufheben.

1. Persönliche politische Schwerpunkte und Ziele

Meine persönlichen Schwerpunkte liegen im Bereich umweltverträglicher Beschäftigungs- und Sozialpolitik, in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und besseren Chancen für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien, aber auch in der Friedens- und Antifa-Arbeit.

Bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen insbesondere für Menschen mit kleinem Geldbeutel sind Ziel meiner politischen Arbeit. Deshalb kämpfe ich seit meinem Einzug in den Bundestag für den gesetzlichen Mindestlohn. Dessen Einführung wäre auch ein Schritt hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit, eine Lohnanpassung für die schlecht bezahlten „Frauenberufe“ im Dienstleistungs- und Sozialbereich. Als Gewerkschafterin habe ich selbstverständlich jeder Form von prekärer Beschäftigung den Kampf angesagt. Leiharbeit und befristete Verträge verhindern Lebens- und Familienplanung vieler Menschen, Frauen und Männer. Berufseinsteiger werden als „Generation Praktikum“ ausgenutzt und oft in einer langewährenden Probezeit hingehalten.

Die unsägliche Agenda-Politik des „Basta-Kanzlers“ Gerhard Schröder hat diese Entwicklung in Deutschland ermöglicht und befördert. Es ist an der Zeit, die unsägliche Hartz-Gesetzgebung wieder rückgängig zu machen und durch eine existenzsichernde Grundsicherung zu ersetzen. Ein-Euro-Jobs und geringfügige Beschäftigung in Minijobs verhindern, dass Menschen sich eine ausreichende Alterssicherung aufbauen können.

Ich mache mich auch dafür stark, dass Whistleblower endlich gesellschaftliche Anerkennung und gesetzlichen Schutz erfahren. DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich unmissverständlich mit Hinweisgebern, wie Edward Snowden, solidarisiert. Whistleblower, die unterschiedliche Missstände und Straftaten aufdecken, machen sich um die Wahrung unserer Grund- und Freiheitsrechte verdient. Dafür werden sie derzeit, nicht nur in Deutschland, oft kriminalisiert und staatlich verfolgt. Das will ich zusammen mit meiner Fraktion ändern und fordere ein Whistleblowerschutzgesetz, das in allen Branchen und Bereichen unserer Gesellschaft anzuwenden ist, auch in Wissenschaft und Forschung und auch beim Militär und Geheimdienst.

Als Obfrau im Ausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bin ich für meine Fraktion für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Ernährungspolitik zuständig. Eines meiner wichtigsten Projekte ist die Einführung einer flächendeckenden Kita- und Schulverpflegung in Deutschland.

Familien mit kleinem Geldbeutel haben ebenso Anspruch auf gesunde Lebensmittel - ohne Schadstoffe und Gentechnik - wie alle Anderen. Auch dafür setze ich mich ein. Verbraucherschutz wird in zunehmend globalisierten Märkten - im Lebensmittelsektor wie auch im Dienstleistungsbereich - immer wichtiger. Alle Alltagsprodukte sollen sicher und langlebig sein und kostengünstig wieder repariert werden können. Mit einem Ausstieg aus der Wegwerfgesellschaft schützen wir Menschen, Umwelt und die Ressourcen der Erde vor verantwortungsloser Ausbeutung.

2. Wie soll die deutsche Forschungslandschaft gestaltet werden? Welche Bedeutung kommt dabei dem KIT als Zusammenschluss einer Universität und eines Forschungszentrums zu?

Die deutsche Forschungslandschaft soll sich konsequent an der Unabhängigkeit der Forschung und Lehre orientieren. Dabei soll sie der Gesellschaft und dem Gemeinwohl dienen. Leider ist die Forschung zunehmend von einem Drittmittel-Wettbewerb geprägt. Forschungsziele werden der Vermarktungsfähigkeit untergeordnet. Forschung, die nicht unmittelbar anwendungsorientiert ist, gerät unter Druck. Das hat auch Folgen für die Ausrichtung der Lehre, insbesondere bei einer Einrichtung wie dem KIT, wo Forschung und Universität zusammengehören. Wenn betriebswirtschaftliche Zwänge oder Dienstleistungen für Unternehmensinteressen den Alltag solcher Einrichtungen bestimmen, bleiben gute Ideen und kluge Köpfe auf der Strecke.

Die Forschungs- und Innovationsförderung des Bundes muss im Sinne des Gemeinwohls an sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit orientiert werden. DIE LINKE will Entscheidungen über die milliardenschweren Förderprogramme demokratisieren und Transparenz in die Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft bringen. Wissen, das mit Steuermitteln erarbeitet wurde, muss grundsätzlich Allen zur Verfügung stehen. Aus diesem Grunde setzt sich DIE LINKE für verpflichtende Open-Access-Veröffentlichungen sowie die freie Zugänglichkeit von Forschungsdaten ein. Wir setzen uns dafür ein, dass Verträge und Kooperationsvereinbarungen zwischen öffentlichen Hochschulen bzw. Forschungseinrichtungen und privaten Unternehmen grundsätzlich offengelegt werden müssen.

DIE LINKE kämpft für die Demokratisierung der Hochschulen. Wir wollen stärkere Mitspracherechte für alle Beschäftigten und Studierenden. Wir wollen bundesweit verfasste Studierendenschaften mit allgemeinpolitischem Mandat durchsetzen. Hochschulgremien sollten viertelparitätisch besetzt werden, damit allen Statusgruppen der Hochschule die Mitbestimmung gesichert wird. Aufsichtsratsähnliche Gremien wie Hochschulräte haben an der Hochschule keinen Platz, denn Hochschulen sind keine Unternehmen.

Wir unterstützen Initiativen zur Verankerung von Zivilklauseln in den Hochschulgesetzen sowohl beim KIT als auch bei allen anderen Einrichtungen. Studierende, Forschende und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen sicher sein, dass ihre Arbeit und Forschung ausschließlich nichtmilitärischen, friedlichen und zivilen Zwecke dient.

3. Wie stellen Sie sich die Kooperation zwischen dem Bund und dem Land Baden-Württemberg in Bezug auf das KIT vor?

Der Bund soll künftig Einrichtungen wie das KIT, die Lehre und Forschung gemeinsam betreiben, dauerhaft in beiden Bereichen finanziell stärken. Dazu fordern wir eine Aufhebung der Kooperationshemmnisse im Grundgesetz. Mir ist dabei wichtig, dass es Bedingungen für eine gleichberechtigte breite Förderung der Forschungs- und Hochschullandschaft durch den Bund gibt.

4. Wie setzen Sie sich für eine bessere Finanzierung von Hochschulforschung und -bildung in Deutschland ein?

Damit neue Forschungserkenntnisse Allen zugute kommen können, müssen Forschung und Lehre vor einseitigen privatwirtschaftlichen Interessen durch finanzielle Unabhängigkeit geschützt werden. DIE LINKE will, dass die Grundfinanzierung des öffentlichen Wissenschaftssystems sicher gestellt wird und gegenüber der Forschung mit Hilfe von Drittmitteln deutlich gestärkt wird. So soll die eigenmotivierte „Freie Forschung“ von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterstützt werden. Die Exzellenzinitiative mit ihren „Leuchttürmen“ ist kontraproduktiv für eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Lehrenden und Studierenden, stattdessen wollen wir eine dauerhafte, breitest mögliche Hochschulförderung in der Fläche.

5. Wie soll der Sanierungsrückstau an den deutschen Hochschulen aufgelöst werden?

Hochschulen werden zunehmend auf Wettbewerb, Markt und Elitenförderung ausgerichtet. Die finanzielle Ausstattung wird an marktförmige Kriterien gebunden. Direkte privatwirtschaftliche Einflussnahme auf die Lehre nehmen zu. Gleichzeitig fehlen Studienplätze, Hörsäle, Lehrende, universitäre Infrastruktur und Wohnraum für Studierende. Wir wollen deshalb die Bundesmittel aus der ehemaligen

Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau für ein Infrastrukturprogramm einsetzen. Daraus sollen barrierefreie, soziale Infrastrukturen wie Wohnheimplätze und Mensen sowie wissenschaftliche und digitale Infrastrukturen für die Uni 2.0 finanziert werden.

6. Wie sollen Studierende in Zukunft ihr Studium finanzieren? Welche Perspektive sehen Sie für die Bundesausbildungsförderung nach BAföG und das Deutschlandstipendium?

DIE LINKE will ein elternunabhängiges und bedarfsdeckendes BAföG. Die Höchstdauer der Zahlungen soll an die reale durchschnittliche Studiendauer angepasst werden. Angesichts gestiegener Lebenshaltungskosten setzen wir uns für eine sofortige Erhöhung um zehn Prozent inklusive einer jährlichen Anpassung und für die Abschaffung der Altersgrenzen ein. Wir kämpfen zudem für die Einführung eines bedarfsdeckenden Studienhonorars.

7. Welche Rolle kann der Bund in Ihren Augen bei der Bewältigung des Mangels an günstigen Wohnraum in vielen deutschen Städten spielen?

Für mich ist Wohnen ein Teil der Daseinsvorsorge. Die Kommunen brauchen Unterstützung beim Aufbau wohnungswirtschaftlicher Eigenbetriebe, die nicht profitierorientiert, sondern gemeinwohlorientiert agieren und die Bevölkerungsstruktur in ihrer Planung berücksichtigen. Wir wollen dazu öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern, insbesondere auch die ökologisch-energetische Sanierung bestehender Wohnungen. DIE LINKE will erreichen, dass auch Studentinnen und Studenten nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für angemessenen Wohnraum ausgeben müssen. Dazu sollen die Mieten gedeckelt werden. Mietspiegel sind flächendeckend einzuführen und müssen sich an allen Bestandsmieten orientieren, nicht nur an den neu abgeschlossenen Mietverträgen der letzten Jahre. Die Kommunen erhalten das Recht, auf Grundlage dieser Mietspiegel Höchstmieten festzulegen, um den Preisanstieg zu stoppen. Die Nettokaltmiete in bestehenden Mietverhältnissen darf ohne maßgebliche Wohnwertverbesserung grundsätzlich nur im Rahmen des Inflationsausgleiches maximal bis zur Höhe der ortsüblichen Vergleichsmiete erhöht werden. Mieterhöhungen allein wegen Neuvermietung sollen unzulässig sein.

8. Wie wollen Sie die Arbeitsbedingungen an Hochschulen verbessern? Wie stehen Sie zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen und verlässlichen Karrierechancen in Wissenschaft und Forschung?

Gute Arbeitsbedingungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind eine wesentliche Voraussetzung für gute Ergebnisse in der Bildung wie in der Forschung. Für Daueraufgaben müssen auch Dauerstellen geschaffen werden. Befristete Arbeitsverhältnisse dürfen nur für wissenschaftliche Qualifikationsprojekte und über die Gesamtdauer des Vorhabens abgeschlossen werden. Für bessere Arbeitsbedingungen im wissenschaftlichen Mittelbau schlagen wir ein bundesfinanziertes Anschubprogramm für 100 000 unbefristete Stellen vor. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen zudem ein unabdingbares Zweitveröffentlichungsrecht für ihre Werke bekommen, damit Nutzungsrechte nicht exklusiv von Verlagsunternehmen angeeignet werden können.

Promotionen sollten als Einstieg in die wissenschaftliche Berufslaufbahn in der Regel auf einer tariflich bezahlten Stelle absolviert werden können, die die Arbeit an der eigenen Qualifikation innerhalb der Arbeitszeit ermöglicht.

9. Wie wollen Sie die Geschlechtergleichstellung an Hochschulen verbessern?

DIE LINKE fordert, althergebrachte Hierarchien zu überwinden und die Gleichstellung von

Frauen in der Wissenschaft durchzusetzen. Eine verbindliche Quotierung in Wissenschaftseinrichtungen und auch eine Sanktionsregelung, wenn der Mindestanteil von 50 Prozent für Frauen auf jeder Karrierestufe nicht gewährleistet wird, muss gesetzlich geregelt werden. Anders werden sich die Geschlechterverhältnisse im Wissenschaftsbetrieb kurzfristig nicht verändern.

10. Welche Probleme stehen für Sie beim Hochschulzugang im Vordergrund und wie wollen Sie diese lösen?

Die grundlegenden Barrieren für einen sozial gerechten Hochschulzugang liegen bereits im schulischen Bildungssystem. Die soziale Selektion verstärkt sich jedoch an der Schwelle zur Hochschule. Immer noch sind Kinder aus nicht-akademischen Familien an Hochschulen deutlich unterrepräsentiert. Um dem entgegenzusteuern brauchen wir eine grundlegende Umgestaltung des BAföG sowie die Abschaffung sämtlicher Studiengebühren. DIE LINKE fordert eine Ausweitung der Studienplatzkapazitäten durch einen ausfinanzierten Hochschulpakt. Jeder, der über eine Hochschulzulassung verfügt, soll auch einen Studienplatz erhalten können. Zulassungs- und Zugangsbeschränkungen müssen überwunden werden. Dies gilt gerade auch für das Masterstudium. Die Entscheidung zwischen einem Masterstudium oder einem direkten Berufseinstieg nach dem Bachelor sollen die Studierenden selbst treffen können. Bei Studienplatzmangel sollten statt individueller Auswahlverfahren bundesweite Regelungen greifen.

Heinz Golombeck | FDP

Die Antworten von Heinz Golombeck liegen noch nicht vor.

0. Kurzvorstellung Heinz Golombeck

1. Persönliche politische Schwerpunkte und Ziele

2. Wie soll die deutsche Forschungslandschaft gestaltet werden? Welche Bedeutung kommt dabei dem KIT als Zusammenschluss einer Universität und eines Forschungszentrums zu?

3. Wie stellen Sie sich die Kooperation zwischen dem Bund und dem Land Baden-Württemberg in Bezug auf das KIT vor?

4. Wie setzen Sie sich für eine bessere Finanzierung von Hochschulforschung und -bildung in Deutschland ein?

5. Wie soll der Sanierungsrückstau an den deutschen Hochschulen aufgelöst werden?

6. Wie sollen Studierende in Zukunft ihr Studium finanzieren? Welche Perspektive sehen Sie für die Bundesausbildungsförderung nach BAföG und das Deutschlandstipendium?

7. Welche Rolle kann der Bund in Ihren Augen bei der Bewältigung des Mangels an günstigen Wohnraum in vielen deutschen Städten spielen?

8. Wie wollen Sie die Arbeitsbedingungen an Hochschulen verbessern? Wie stehen Sie zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen und verlässlichen Karrierechancen in Wissenschaft und

Forschung?

9. Wie wollen Sie die Geschlechtergleichstellung an Hochschulen verbessern?

10. Welche Probleme stehen für Sie beim Hochschulzugang im Vordergrund und wie wollen Sie diese lösen?

Martin Bartsch | Piraten

0. Kurzvorstellung Martin Bartsch



Geboren wurde ich 1971 in Pforzheim und bin in Königsbach-Stein aufgewachsen.

Nach der mittleren Reife habe ich eine Berufsausbildung zum Informationselektroniker abgeschlossen. Während dieser Zeit und der darauffolgenden Berufstätigkeit war ich als Jugend- und Auszubildendenvertreter aktiv und Mitglied der IG Metall, bei der ich auch Mitglied im Ortsjugendausschuß war. Später habe ich mich in Karlsruhe an der Heinrich-Hertz-Schule zum Staatl. Gepr. Elektrotechniker, Fachrichtung Datentechnik ausbilden lassen. Nach einer Zwangsunterbrechung durch den Zivildienst habe ich danach die Fachhochschule Karlsruhe besucht und den Abschluss des Dipl. Wirtschaftsinformatikers erworben. Seit dem lebe ich auch in Karlsruhe und arbeite heute als freiberuflicher Softwareentwickler.

1. Persönliche politische Schwerpunkte und Ziele

Von den vielen Forderungen der Piraten, die ich auch alle unterstütze, sind mir 3 Bereiche besonders wichtig.

1. Datenschutz durch Datenvermeidung

Seit Jahren müssen wir eine wachsende Datensammelwut von privaten und staatlichen Stellen beobachten. Durch die Computertechnologie ist es heute möglich, diese vielen, für sich genommen häufig harmlosen Informationen zu

umfassenden Profilen der Personen zu verknüpfen. Ich sehe darin eine große Gefahr. Dem Bürger muss es ermöglicht werden, abzufragen wer, welche Daten von ihm gespeichert hat und die Löschung von Daten zu fordern. Am besten werden nicht zwingend erforderliche Daten aber erst gar nicht erhoben. So würde die Forderung des Ministerpräsidenten Kretschmanns nach einem satellitengestützten Mautsystem für PKWs z.B. die Erstellung von Bewegungsprofilen der Bürger ermöglichen. So etwas lehne ich strikt ab.

2. Zusammenarbeit von Bürgern und Verwaltung/Regierung

Der Bürger muss stärker in politische Prozesse eingebunden werden. Dazu brauchen wir wirkungsvolle Werkzeuge wie Bürgerbefragung und Volksentscheid. Die notwendigen Hürden müssen dabei so gewählt werden, dass eine Durchführung auch praktisch möglich ist und nicht nur theoretisch existiert. Ebenso brauchen wir ein praktikables Informationsfreiheitsgesetz. Es darf nicht sein, dass dem Bürger mit fadenscheinigen Argumenten relevante Informationen vorenthalten werden oder dass eine zu hohe Kostenbeteiligung von Anfragen abschreckt. In Karlsruhe arbeite ich mit anderen Piraten des Kreisverbandes gerade an einer kommunalen Informationsfreiheitssatzung, die wir gerne zusammen mit dem OB Herrn Mentrup umsetzen würden. Viele dieser Ideen lassen sich auch auf die Bundesebene übertragen.

3. Arbeit und Wirtschaft

Schon in meiner Zeit als Auszubildender und abhängig Beschäftigter habe ich mich als Jugendvertreter und Vorsitzender des Ortsjugendausschusses der IGM Pforzheim für die Rechte von Arbeitnehmern stark gemacht. Als Selbstständiger habe ich aber auch die Arbeitgeberseite kennengelernt. Die Themen Wirtschaft und Arbeit liegen mir noch immer sehr am Herzen und im Bundestag würde ich gerne Piratenpositionen wie das bedingungslose Grundeinkommen, der gesetzliche Mindestlohn und Arbeitnehmerrechte vertreten.

2. Wie soll die deutsche Forschungslandschaft gestaltet werden? Welche Bedeutung kommt dabei dem KIT als Zusammenschluss einer Universität und eines Forschungszentrums zu?

Unter der Vorgabe der internationalen Vergleichbarkeit der Abschlüsse wurde die Studienlandschaft in den letzten Jahren im Rahmen des Bologna-Prozesses tiefgreifend umgebaut. Die Verkürzung der Studiengänge geht einher mit oberflächlichem und verschultem Lernen. Die Reform war mit einem Qualitätseinbruch verbunden, ohne tatsächlich Vergleichbarkeit zu erreichen. Die Piratenpartei strebt daher eine kritische Revision des Bologna-Prozesses an.

Die finanzielle Bevorzugung einzelner Forschungsfelder aufgrund ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit, wie zum Beispiel bei der Exzellenzinitiative, gefährdet Freiheit und Vielfalt der Forschung. Innovation findet auch in den Bereichen statt, die nicht im Fokus des medialen (und ökonomischen) Interesses liegen.

Der technische Fortschritt schafft neue Möglichkeiten, Wissen und Lernkonzepte international auszutauschen und gemeinsam weiter zu entwickeln. Um diese Chance zu nutzen, unterstützen wir freie und offene Lehr- und Lernmaterialien (OER). Die Piratenpartei setzt sich für die Entwicklung und den Einsatz solcher Materialien ein. Nationale und internationale OER-Projekte sind ein konkreter Weg, diese Vision in die Bildungsrealität zu übertragen.

3. Wie stellen Sie sich die Kooperation zwischen dem Bund und dem Land Baden-Württemberg in Bezug auf das KIT vor?

Mit den Details der Kooperation zwischen Bund und Land bei dieser einmaligen, rechtlichen Konstruktion des KITs bin ich leider nicht vertraut.

Zu einem Punkt möchte ich jedoch Stellung beziehen: die Zivilklausel, die bei der Zusammenlegung unter den Tisch gefallen ist, muss dringend wieder eingeführt werden.

4. Wie setzen Sie sich für eine bessere Finanzierung von Hochschulforschung und -bildung in Deutschland ein?

Die Piratenpartei lehnt kurzfristige Projektförderung ab und setzt sich für eine verbesserte langfristige Sockelfinanzierung der Hochschulen ein.

Die Piratenpartei setzt sich auch für eine Aufhebung des Kooperationsverbotes ein. Der Bund muss öffentliche Bildungseinrichtungen finanzieren dürfen. Forderungen anderer Parteien, das Kooperationsverbot partiell zur Bevorzugung ausgewählter Bereiche wie der Exzellenz-Universitäten zu lockern, erteilen wir eine Absage: Wir bestehen auf einer Besserstellung des gesamten Bildungssystems. Wir lehnen Bildungsgebühren jeglicher Art für steuer finanzierte Bildungseinrichtungen kategorisch ab, da sie den Zugang zu Bildung einschränken.

5. Wie soll der Sanierungsrückstau an den deutschen Hochschulen aufgelöst werden?

Es müssen verstärkt Landes- und zukünftig auch Bundesmittel für die Sanierungs- und Infrastrukturmaßnahmen an den Schulen bereitgestellt werden.

6. Wie sollen Studierende in Zukunft ihr Studium finanzieren? Welche Perspektive sehen Sie für die Bundesausbildungsförderung nach BAföG und das Deutschlandstipendium?

Die Piratenpartei setzt sich für ein Grundeinkommen ein, das auch als Grundsicherung für Studierende ausreichend wäre. Als einer der Schritte auf dem Weg zum allgemeinen Grundeinkommen setzt sie sich dafür ein, die BAföG-Leistungen durch ein Bildungsgrundeinkommen zu ersetzen. Dieses Bildungsgrundeinkommen sichert das Einkommen derer, die eine Ausbildung, ein Studium oder eine Fortbildung absolvieren, aber keinen Anspruch auf Grundsicherungsleistungen haben.

Zur aktuellen Situation ist zu sagen: Ich betrachte leistungsbezogene staatliche Förderinstrumente kritisch und ziehen leistungsunabhängige Förderung von Studierenden vor. Ein Studium ist nicht nur ein Recht einzelner besonders begabter, fleißiger oder weniger benachteiligter Studierender. Wir sprechen uns für eine breite, risikofreie und leistungsunabhängige Förderung als staatliche Aufgabe aus: Also für das BAföG, wie es einmal gedacht war.

7. Welche Rolle kann der Bund in Ihren Augen bei der Bewältigung des Mangels an günstigen Wohnraum in vielen deutschen Städten spielen?

Insbesondere in den Städten wird bezahlbarer Wohnraum immer knapper. Die Gründe dafür sind vielfältig: steigende Nachfrage nach größeren Wohnungen, anhaltender Trend zu Einpersonenhaushalten, geringere Einkommen, steigende Mieten durch „Aufwertung“ und vor allem der Rückzug der öffentlichen Hand bei der Schaffung preiswerten Wohnraums. Bezahlbarer Wohnraum wird zunehmend nur in Randlagen angeboten, während die teuren Innenstadtlagen einer besser verdienenden Zielgruppe vorbehalten bleiben. Dies führt zu einer nicht akzeptablen sozialen Segregation in unserer

Gesellschaft. Die Piratenpartei fordert daher eine dauerhafte Förderung eines gemeinnützigen Wohnungsbaus auf Bundes- und Länderebene. Dieser sichert nicht nur Wohnraum für finanziell schlechter gestellte Haushalte, er spart letztlich auch Transferleistungen und wirkt dämpfend auf das allgemein ansteigende Mietzinsniveau. In diesem Zusammenhang sollen auch der genossenschaftliche Wohnungsbau und die Miethäusersyndikate gefördert werden, die den Zweck haben, ihren Mitgliedern dauerhaft preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die öffentliche Hand muss im Rahmen transparenter Planung Rechenschaft darüber ablegen, welche Grundstücke sich im öffentlichen Besitz befinden und warum diese nicht für die Schaffung preiswerten Wohnraums zur Verfügung gestellt werden. Grundstücke der öffentlichen Hand sollen nicht verkauft, sondern nach Projektqualität in Erbbaupacht mit periodischen Pachtabschlägen vergeben werden. In Frage kommende Grundstücke sollen dabei vorrangig für genossenschaftlichen und sozialen Wohnbau verwendet werden.

8. Wie wollen Sie die Arbeitsbedingungen an Hochschulen verbessern? Wie stehen Sie zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen und verlässlichen Karrierechancen in Wissenschaft und Forschung?

Die Piratenpartei Deutschland spricht sich dafür aus, § 2 Absatz 1 des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) zu streichen. Das WissZeitVG ist so zu überarbeiten, dass befristete Verträge mit nach oben offener Laufzeit für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf Haushalts- und Drittmittelstellen vergeben werden können, ohne eine Maximalbeschäftigungsgrenze zu benennen.

9. Wie wollen Sie die Geschlechtergleichstellung an Hochschulen verbessern?






Ich sehe Quotenregelungen nicht als Mittel um die Geschlechtergleichstellung zu verbessern. Vielmehr ist z.B. durch Gleichstellungsbeauftragte zu überwachen, dass allen Personen die gleichen Möglichkeiten geboten werden.

10. Welche Probleme stehen für Sie beim Hochschulzugang im Vordergrund und wie wollen Sie diese lösen?

Ich lehne die aktuelle Numerus Clausus Praxis und Studiengebühren ab. Der Hochschulzugang sollte möglichst niederschwellig sein. Abschlüsse anderer Bildungseinrichtungen sind nur begrenzt aussagekräftig und Bildung vom Geldbeutel abhängig zu machen, ist grundsätzlich falsch.

[Zurück nach oben](#)

Unterstützung zur Wahlentscheidung

Wahl-O-Mat der bpb	Parteiübersicht der bpb	Erstkandidaten-Check	Wahlkompass	Übersicht zur Wahl auf tagesschau.de
				

Wahl-O-Mat der bpb	Parteiübersicht der bpb	Erstkandidaten-Check	Wahlkompass	Übersicht zur Wahl auf tagesschau.de
<p>Mit dem Wahl-O-Mat könnt ihr eure Positionen zu 38 Thesen mit denen der Parteien vergleichen. 28 von 29 Parteien haben die Wahl-O-Mat-Thesen beantwortet.</p> <p>Der Wahl-O-Mat wird seit 2002 regelmäßig von der Bundeszentrale für politische Bildung angeboten.</p>	<p>Die Bundeszentrale für politische Bildung porträtiert alle Parteien, die am 22.09 zur Bundestagswahl antreten mit einem Kurzprofil.</p> <p>Auch kleine Parteien kommen hier zum Zug.</p>	<p>Mit dem Kandidaten-Check von abgeordnetenwatch.de findet ihr heraus, was die Kandidierenden in eurem Wahlkreis denken - und mit wem ihr am ehesten übereinstimmt.</p> <p>Aus Karlsruhe haben sich die Kandidierenden von Piraten, Linkspartei, Alternative für Deutschland, Grüne, SPD, Freie Wähler und CDU am Kandidaten-Check beteiligt.</p>	<p>Der Bundeswahlkompass vergleicht eure Meinung mit den Positionen der Parteien, die bei der Bundestagswahl 2013 antreten.</p> <p>Basierend auf euren Antworten ausgewählten zu Thesen berechnet der Bundeswahlkompass eure individuelle Position in der politischen Landschaft Deutschlands.</p>	<p>Die Redaktion von tagesschau.de hat ein ausführliches Dossier zur Bundestagswahl 2013 zusammengestellt.</p> <p>Hier findet ihr medial aufbereitete Informationen wie Videos und Radiobeiträge.</p> <p>Besonders zu empfehlen: Die Videos der Wahlprüfer, die zu konkreten Themen die großen Parteien befragen.</p>

[Zurück nach oben](#)

Hochschulpolitische Wahlprüfsteine

Deutsches Studentenwerk, DSW	Hochschrektorenkonferenz, HRK	fzs	UStA
 <p>Deutsches Studentenwerk</p>		 <p>fzs freier Zusammenschluss von studentinnenschaften</p>	
<p>Das Deutsche Studentenwerk ist der Dachverband der 58 deutschen Studentenwerke.</p> <p>Zur Bundestagswahl 2013 hat das DSW 7 Forderungen an die Parteien formuliert.</p> <p>Die Forderungen beziehen sich vor allem auf die soziale Infrastruktur rund um die Hochschulen und die Studiumsfinanzierung.</p>	<p>Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) ist der freiwillige Zusammenschluss der staatlichen und staatlich anerkannten Universitäten und Hochschulen in Deutschland.</p> <p>Die HRK hat die großen Parteien nach ihren Vorstellungen zur Lösung drängender hochschulpolitischer Aufgaben durch den Bund in der kommenden Legislaturperiode gefragt und die Antworten im Vergleich veröffentlicht.</p> <p>Übrigens ist der ehemalige KIT Präsident Horst Hippler derzeitiger HRK-Präsident.</p>	<p>Der freie Zusammenschluss von Student*innenschaften (fzs) ist der bundesweite Dachverband der Studierendenschaften, auch die Studierendenschaft am KIT ist fzs-Mitglied.</p> <p>Die Wahlprüfsteine des fzs decken von der Sozialpolitik über Studium und Lehre bis zur internationalen Bildungspolitik einen großen der Teil der studentischen Wissenschaftspolitik ab.</p> <p>Als leichtere Kost hat der fzs auch einen interaktiven Wahlkompass veröffentlicht.</p>	<p>Der Unabhängige Studierendenausschuss (UStA) ist der Vorstand der Studierendenschaft am KIT und hat für die Bundestagswahl 2013 Wahlprüfsteine an die Karlsruher Direktkandidatinnen und -kandidaten verschickt.</p> <p>Diese Informationen richten sich gleichzeitig an die Karlsruher Studierenden und Beschäftigten der Hochschule sowie an weitere Interessierte.</p> <p>Studierende stellen in Karlsruhe über 10% der Bevölkerung und sind häufig zum ersten Mal zur Wahl aufgerufen.</p>

[Zurück nach oben](#)

Programme der vom UStA befragten Parteien

CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	Linkspartei	Piraten	Weitere Parteien
						<p>Übersicht über die Programme aller Parteien, die mit Landeslisten zur Bundestagswahl 2013 zugelassen sind.</p>

[Zurück nach oben](#)

Briefwahl

Am Wahlsonntag lieber ausschlafen? Briefwahl beantragen!

erschienen im *UStA Magazin (Umag)* vom Juli 2013 von Noah Fleischer

Briefwahl Kurzanleitung: So funktioniert die Briefwahl

1. Briefwahl bei der Gemeinde mit eurem Erstwohnsitz beantragen Spätestens bis 20.09.2013 18:00 Uhr. In Karlsruhe : Untergeschoss des Ständehauses, Ständehausstraße 2.
 2. Stimmzettel persönlich ankreuzen, ihr habt Erst- und Zweitstimme.
 3. Stimmzettel in den amtlichen Stimmzettelumschlag (blau) stecken. Umschlag zukleben;
 4. „Versicherung an Eides statt zur Briefwahl“ auf dem Wahlschein mit Unterschrift, Ort und Datum unterschreiben;
 5. Wahlschein und den amtlichen Stimmzettelumschlag (blau) in den amtlichen Wahlbriefumschlag (rot) stecken. Umschlag zukleben;
 6. Roten Wahlbriefumschlag innerhalb von Deutschland unfrankiert (aus dem Ausland müsst ihr den Brief frankieren!) verschicken oder persönlich bei der auf dem Umschlag angegebenen Adresse abgeben. Der Wahlbrief muss bis spätestens 22.09.2013 um 18:00 Uhr bei der zuständigen Stelle angekommen sein.
 7. Fertig
- Unser Tipp: Direkt nach Erhalt der Briefwahlunterlagen wählen! Wahlschein und Briefwahlunterlagen persönlich beantragen gehen, sofort vor Ort wählen und den Wahlbrief verschlossen wieder abgeben, dann geht sicher nichts schief.

Wer kann per Briefwahl wählen?

Jede*r Wahlberechtigte, die/der in ein Wähler*innenverzeichnis eingetragen ist, kann per Briefwahl wählen. Dazu muss ein Antrag auf Erteilung eines Wahlscheins gestellt werden. Ihr müsst keinen Grund für die Beantragung der Briefwahl angeben! Wer aus einem nicht von ihm/ihr zu vertretenden Grund nicht in das Wählerverzeichnis aufgenommen wurde kann ggf. trotzdem einen Antrag auf einen Wahlschein/Briefwahl stellen.

Wann und wo wird der Antrag auf Briefwahl gestellt?

Der Antrag auf Briefwahl kann jederzeit gestellt werden, auch schon vor Erhalt der Wahlbenachrichtigung. Im Allgemeinen muss der Antrag spätestens bis zum Freitag 18:00 Uhr vor der Wahl eingereicht werden. In besonderen Fällen könnt ihr euren Wahlschein und Briefwahlunterlagen auch noch am Wahlsonntag bis 15:00 Uhr beantragen. Z.B. wenn bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung der Wahlraum nicht oder nur unter nicht zumutbaren Schwierigkeiten aufgesucht werden kann.

Den Antrag müsst ihr an die Gemeinde richten, in der ihr mit Hauptwohnsitz gemeldet seid. Für alle mit Erstwohnsitz in Karlsruhe ist dies : Untergeschoss des Ständehauses, Ständehausstraße 2. Die Briefwahlunterlagen erhaltet ihr erst nach der endgültigen Zulassung der Wahlvorschläge und dem Druck der Stimmzettel. Für gewöhnlich werden die Unterlagen einige Wochen vor der Wahl zugestellt.

Welche Unterlagen werden für die Briefwahl benötigt?

Folgende Unterlagen braucht ihr für die Briefwahl. Ihr bekommt sie direkt bei der Antragsstellung ausgehändigt oder per Post zu geschickt:

- einen Wahlschein;
- einen amtlichen Stimmzettel;
- einen amtlichen Stimmzettelumschlag (blau);
- einen amtlichen Wahlbriefumschlag (rot), auf dem die vollständige Anschrift angegeben ist, an die der Wahlbrief übersandt werden muss,
- außerdem die Bezeichnung der Ausgabestelle der Gemeinde und Wahlscheinnummer oder Wahlbezirk;
- ein ausführliches Merkblatt für die Briefwahl, das alle wichtigen Hinweise enthält und die Briefwahl anschaulich erläutert.

Wann muss der Wahlbrief abgeschickt werden?

Der Wahlbrief muss rechtzeitig mit der Post versendet werden oder persönlich bei der Adresse, die auf dem roten Wahlbriefumschlag angegeben ist abgegeben werden. Das Risiko, dass der Wahlbrief pünktlich eingeht liegt immer beim Wähler.

Der Wahlbrief muss bis spätestens 22.09.2013 18:00 Uhr vorliegen. Die Wahl endet um 18:00 Uhr, später eingegangene Stimmzettel können nicht mehr mitgezählt werden.

Bei Übersendung per Post sollte der Wahlbrief in Deutschland spätestens am dritten Werktag vor der Wahl abgesandt werden. Ihr könnt den Wahlbrief auch direkt bei der auf dem Wahlbriefumschlag angegebenen Stelle abgeben oder abgeben lassen. Der Wahlbrief muss innerhalb Deutschlands nicht frankiert werden. Bei Postsendungen aus dem Ausland muss der Wahlbrief ausreichend frankiert werden.

Was kann schief gehen?

Bei formalen Fehlern können Wahlbriefe auch zurückgewiesen werden. Dies ist der Fall wenn: der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist, dem Wahlbriefumschlag kein gültiger Wahlschein beiliegt, im Wahlbriefumschlag kein Stimmzettelumschlag ist, der rote Wahlbriefumschlag und der blaue Stimmzettelumschlag nicht verschlossen sind, die vorgeschriebene Versicherung an Eides statt zur Briefwahl auf dem Wahlschein nicht ordnungsgemäß unterschrieben wurde, kein amtlicher Stimmzettelumschlag benutzt worden ist, ein Stimmzettelumschlag benutzt wurde, der anders als die restlichen ist und somit das Wahlgeheimnis gefährdet. Die Einsender zurückgewiesener Wahlbriefe werden nicht als Wähler gezählt; ihre Stimmen gelten als nicht abgegeben.

Gesetztes Grundlagen Bundestagswahl: §§ 36, 39 BWG; §§ 20, 25 bis 31, 66, 74, 75 BWO

Weitere Infos auch unter www.bundeswahlleiter.de und von der [Stadt Karlsruhe](#)

[Zurück nach oben](#)

zum Schmunzeln

- [Der Extra 3 Wahl-Schwach-O-Mat](#)
- [Käpt'n Blaubärs Walversprechen ab min. 1:50](#)
- [Besonderes Angebot an alle Erstwähler*innen: Die Maus erklärt die Wahl, inklusive](#)

Wahlversprechen

- <http://www.diktatorcheck.de>

Zurück nach oben

Die Urheberrechte aller Bilder, Logos und Texte liegen bei den Urhebern. Fotos und Bilder: pixelio und dpa.

From:

<https://wiki.asta-kit.de/> - **AStA-Wiki**

Permanent link:

<https://wiki.asta-kit.de/bundestagswahl2013?rev=1456354377>

Last update: **24.02.2016 23:52**

